NWZ 04.07.2020

Airbus versetzt auch die Politik in Alarmstimmung

LUFTFAHRT Bundes- und Landtagsabgeordnete warnen vor Stellenabbau – Fachkräfte sichern

NORDENHAM/FIL - Die Krise in der Luftfahrtindustrie und ein möglicher Stellenabbau bei Premium Aerotec im großen Stil versetzen auch die Politik in Aufregung. Als "alarmierend" bezeichnet die CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen die Nachrichten über die drohenden Einschnitte im Nordenhamer Flugzeugwerk. Der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies und die Landtagsabgeordnete Karin Logemann aus Berne (beide SPD) betrachten die Entwicklungen ebenfalls mit großer Sorge.

"Nachdem ich bereits seit Monaten mit dem Betriebsrat im Austausch bin und auch die Resolution 'Allianz des Nordens' gegen den Stellenabbau unterschrieben habe, gilt es jetzt, weiter zusammenzuhalten", betont Astrid Grotelüschen. Als Wirtschaftspolitikerin wolle sie in Berlin "um jeden Arbeitsplatz kämpfen".

Hilfen des Bundes

Mit den Konjunkturpaketen des Bundes würden mil-



Die CDU-Politikerin Astrid Grotelüschen im Gespräch mit dem Geschäftsführer der IG Metall Wesermarsch, Jo-

liardenschwere Hilfen zur Verfügung gestellt, um Arbeitsund Ausbildungsplätze zu sichern und gleichzeitig Innovationen auch in der Luft- und Raumfahrt zu begleiten. So sei zum Beispiel für die Modernisierung von Flugzeugflotten für die nächsten drei Jahre eine Summe von 1 Milliarde Euro zusätzlich im Haushalt eingestellt.

Das Konjunkturpaket sehe zudem Mittel im Umfang von 400 Millionen Euro für die außeruniversitäre und anwendungsorientierte Forschung chen Luitjens (links), und dem Nordenhamer PAG-Betriebsratsvorsitzenden Michael Eilers BILD: PRIVAT

im Bundesministerium für Bildung und Forschung vor. Weitere 100 Millionen Euro bekomme das Bundeswirtschaftsministerium, das davon jeweils 50 Prozent an die Industrieforschung für Unternehmen und an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt verteile.

"Vor der Corona-Krise hatten wir bereits einen massiven Fachkräftemangel", meint die CDU-Politikerin, "es wäre doch geradezu absurd, diese Arbeitnehmer nicht zu halten." Deshalb müssten zügig alle Inst-

rumente – Kurzarbeit, Ausbildungsförderung und andere Hilfen von Bund und Land – von der Unternehmensführung in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat genutzt werden, um ein solides Konzept mit Perspektiven für die Fachkräfte zu erstellen.

Nein zu Entlassungen

"Entlassungen zu akzeptieren, dazu sind wir nicht bereit", heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme von Olaf Lies und Karin Logemann. Die beiden SPD-Politiker erwarten von Airbus, dass das Unternehmen die von den Betriebsräten angebotenen sozialverträglichen Lösungsvorschläge annimmt.

Dass Airbus aufgrund der Corona-Krise vor großen Herausforderungen stehe, könne niemand anzweifeln. Aber ein Stellenabbau dürfe nicht die Antwort sein. Denn es sei abzusehen, dass sich die Wirtschaft in Deutschland erholen und auch die Nachfrage in der Luftfahrtindustrie wieder anziehen werde. Airbus und Pre-

mium Aerotec stünden somit in der Pflicht, Arbeitsplätze zu erhalten.

..Es wird eine Zeit nach Corona geben, die Flugzeuge werden wieder fliegen", betonen Olaf Lies und Karin Logemann in einer Pressemitteilung. Jetzt die Fachkräfte zu halten, sei eine Verantwortung, die die Zukunft sichert. Schließlich hätten die Unternehmen noch unlängst in Gesprächen auf politischer Ebene bedauert, dass es an Fachkräften mangele. "Nun geht es darum, für sich genau dieses hohe Gut zu schützen und zu sichern." Es wäre "grob fahrlässig", die Mitarbeiter ziehen zu lassen und auf ihr Fachwissen zu verzichten.

Olaf Lies und Karin Logemann wollen sich für eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf mindestens 24 Monate einzusetzen. "Das ist ein wichtiges und wertvolles Instrument, um schlechte Zeiten überbrücken zu können." Ausdrücklich warnen die SPD-Politiker davor, Arbeitsplätze zu verlagern sowie Fertigung und Produktion zu verlegen.